

WESTFALEN-BLATT

Zeitung für Gütersloh, Verl, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg und Harsewinkel

UNABHÄNGIG · BÜRGERLICH

OSTWESTFALEN-LIPPE

Simon Bethlehem arbeitet für den humanitären Verein „Grünhelme“



SPORT

Armine Pieper nach U21-Erfolg zurück im Abstiegskampf

Samstag, 21. November 2020

www.westfalen-blatt.de

Preis: 2,90 Euro

Heute im Lokalteil

Norbert Morkes ist jetzt Bürgermeister

GÜTERSLOH. Norbert Morkes hat die Seiten gewechselt. Mit der Vereidigung als Bürgermeister nahm der frühere BfGT-Fraktionschef am Freitagabend in der konstituierenden Sitzung des Gütersloher Stadtrats als Nachfolger von Henning Schulz (CDU) seinen Platz zwischen den Beigeordneten ein. | Seite Gütersloh 1

Mahnwache gegen Hass und Rassismus

GÜTERSLOH. „Ihr seid nicht die Mehrheit. Das sind wir.“ Diese Botschaft haben mehr als 100 Bürger vor der Ratssitzung den AfD-Vertretern überbracht. Bei einer „Mahnwache gegen Rassismus, Hetze und Hass“ vor der Stadthalle positionierten sie sich klar gegen Hetze und Spaltung, die die AfD verbreite. | Seite Gütersloh 3

Ein Leben voller Traumjobs

VERL. Live-Musik, 24-stündige Partys mit den Yaks, ein Wasserschaden zum Verler Leben. Sigi Graute hat mit ihrem Pub legendäre Zeiten erlebt, Höhen und Tiefen. Seit zwölf Jahren ist die Kneipe nun dicht. Aber die Erinnerungen bleiben. | Seite Verl 1

Kommentar

Vor dem Corona-Gipfel Laschets Sorge wächst

Von Andreas Schnadwinkel



Ein Kurswechsel ist es allemal. Die Frage ist nur, was Armin Laschet dazu bewegen haben könnte, sich vom umfassend abwägenden Regierungschef zum gestrengen Landesvater zu wandeln.

Ist etwa doch etwas dran an der Vermutung, dass der NRW-Ministerpräsident sich im Zweikampf mit Bayerns Markus Söder um die Kanzlerschaft der Union sieht? Oder ist es einfach die Sorge, dass die Kliniken angesichts des Infektionsgeschehens alsbald an ihre Grenzen stoßen könnten?

Bislang stand Laschet jedenfalls nicht im Verdacht, seine Corona-Politik nach irgendwelchen Umfragen zur Beliebtheit auszurichten. Im größten Bundesland hat seine CDU/FDP-Regierung auf Vernunft und Differenzierung im Umgang mit der Pandemie gesetzt.

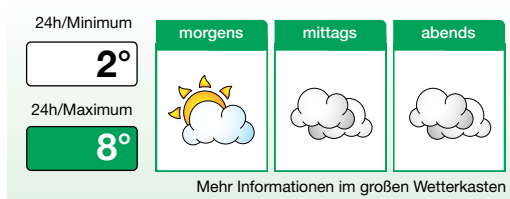
Der seit Anfang November geltende „Lockdown Light“ hat noch nicht viel gebracht. Mit 23.648 Neuinfektionen binnen eines Tages ist ein Rekordwert erreicht. Da ist es natürlich naheliegend, dass die Politik über eine Verlängerung und Verschärfung der Beschränkungen nachdenkt. Und was, wenn auch ein „echter“ Lockdown nichts bringt? Von einer Krisenstrategie ist Deutschland weit entfernt.

Zitat



»Trump war auch ein politisches Genie.«

Der US-amerikanische Bestseller-Autor Jonathan Franzen („Die Korrekturen“) rät der US-Politik, die Wähler des noch amtierenden US-Präsidenten Donald Trump endlich ernst zu nehmen und das Wählerpotenzial genau zu analysieren.



Nr. 273 / 47. Woche / 7249 / 75. Jahrgang
gegründet 1946

Abonnentenservice:
Telefon 05 21 / 585-100
Fax 05 21 / 585-371

Anzeigenannahme:
Telefon 05 21 / 585-8
Fax 05 21 / 585-480



NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat am Freitag einen Vliesstoff-Hersteller in Troisdorf besucht.

Foto: dpa

Ministerpräsident spricht von „mittelfristigen“ Lockerungen – Merkel warnt vor Silvester

Laschet will Kontakte stärker beschränken

DÜSSELDORF (dpa/WB). Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) will am Mittwoch bei den Bund-Länder-Gesprächen zur Corona-Krise für scharfe Kontaktbeschränkungen werben. „Eine Familie darf sich nur noch mit zwei weiteren Personen aus einem anderen Hausstand treffen“, sagte Laschet der „Stuttgarter Zeitung“. Was er mit „Familie“ gemeint hat blieb am Freitag unklar – ebenso, ob man sich dann für längere Zeit auf Kontakte mit nur einem bestimmten anderen Hausstand festlegen muss.

Laschet sagte, es sei sein Vorschlag für die Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Aus den Erfahrungen zu Beginn der Corona-Krise im Frühjahr

sei bekannt, dass das Prinzip wirke. Damals habe die Mobilität der Menschen stark abgenommen und die Infektionsdynamik ebenso. „Wenden wir dieses Prinzip konsequent an, können Beschränkungen für Gastronomie oder Kultur mittelfristig zurückgenommen werden,



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

wenn die Infektionszahlen weiter sinken“, sagte der Anwärter auf den CDU-Parteivorsitz. Bis ein Impfstoff verfügbar sei, müsse das öffentliche, soziale und wirtschaftliche Leben aufrechterhalten werden. „Deshalb sollten wir auf das System der allgemeinen Kontaktbeschränkungen zurückgreifen, statt minuziös vorzuschreiben, was stattfinden darf und was nicht“, erklärte Laschet.

Viel spricht derzeit dafür, dass der ursprünglich bis Ende November befristete „Lockdown light“ in die Verlängerung geht. Merkel drängt nach „Bild“-Informationen bereits auf längerfristige Corona-Beschlüsse. Laut Teilnehmerangaben machte Merkel in der Unions-Fraktionssitzung am

Dienstag deutlich, dass sie am Mittwoch eine Corona-Strategie für den Winter beschließen wolle. Die Kanzlerin erwartet von den Bundesländern für den Gipfel am 25. November, dass „Vorschläge gemacht werden“. Und zwar „nicht nur für zwei Wochen, sondern mit Perspektive bis Januar“.

Zum Thema Weihnachten sagte Merkel in der Runde, dass die Bundesregierung den Bürgern „wieder ein gewisses Maß an Freiheit geben“ wollte. Was hingegen über den Jahreswechsel möglich sein solle, darüber stünden am Mittwoch „sehr, sehr schwierige Entscheidungen“ an.

Besonders besorgt zeigte sich Merkel laut „Bild“ über den Winterurlaub.

| Kommentar

Zulassung beantragt

NEW YORK/MAINZ (dpa). Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer haben am Freitag eine Notfallzulassung bei der US-Arzneimittelbehörde FDA für ihren Corona-Impfstoff beantragt. Das berichteten beide Firmen in einer gemeinsamen Mitteilung. Die Lieferung des Impfstoffs BNT162b2 könnte Ende dieses Jahres beginnen, sollte es eine Genehmigung geben, hatte Biontech bereits mitgeteilt. Biontech und Pfizer sind die ersten westlichen Hersteller, die vielversprechende Studienergebnisse veröffentlicht haben und eine Notfallzulassung bei der FDA beantragen wollen. Zuvor hatten die Unternehmen bekanntgegeben, dass die Impfung 95-prozentigen Schutz vor der Krankheit Covid-19 biete. Das Vakzin funktioniere über alle Altersgruppen hinweg ähnlich gut.

Gericht kippt Quarantäne

BIELEFELD (WB/ca). Ein Spanienurlauber aus Bielefeld hat sich erfolgreich gegen die Quarantäneanordnung für Reiserickekehrer aus Risikogebieten zur Wehr gesetzt. Er ist auf Teneriffa und möchte an diesem Sonntag nach Deutschland zurück, ohne für zehn Tage in Quarantäne zu müssen. Das Oberverwaltungsgericht in Münster gab ihm Recht. Es erklärte Teile der NRW-Corona-Einreiseverordnung für unverhältnismäßig und setzte sie außer Kraft. Ganz Nordrhein-Westfalen und ein Großteil der Bundesrepublik seien Risikogebiete, so die Richter. Das von Reiserickekehrern ausgehende Risiko sei deshalb bei annähernd gleichem Inzidenzwert nicht höher, als wenn die Urlauber zu Hause geblieben wären. Die Quarantäne sei eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung. **Az.: 13 B 1770/20**

AOK-Chef rechnet mit hohen Defiziten

Krankenkassen im Minus

BERLIN (WB). Die Krankenversicherungen schreiben ein großes Minus. Im dritten Quartal habe das Defizit mehr als drei Milliarden Euro betragen, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf Kassenverbände.

Die Unterdeckung sei fast 16 Mal so groß ausgefallen wie vor Jahresfrist. Mit minus 1,4 Milliarden Euro hätten die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) am schlechtesten abgeschnitten, gefolgt von den Ersatzkassen mit minus 1,2 Milliarden Euro. Dem Bericht zufolge hatten die Krankenkassen im ersten Halbjahr noch einen Überschuss von fast

1,3 Milliarden Euro erzielt. Die Versicherungen begründeten das damit, dass während des ersten Lockdowns teure Operationen verschoben worden seien und weniger Patienten medizinische Einrichtungen aufgesucht hätten.

Nach dem Ende des ersten Lockdowns habe es eine „Normalisierung bei Behandlungen und Operationen“ sowie „Nachholeffekte“ gegeben, sagt der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbands, Martin Litsch. Noch seien die längerfristigen Kosteneffekte der Pandemie ungewiss. „Klar ist aber, dass wir in diesem Jahr mit einem Minus abschlie-

ßen werden und dass das dicke Ende für die gesetzliche Krankenversicherung erst noch kommt“, warnt Litsch.

An der wachsenden Unterfinanzierung sei auch „die finanzielle Wucht der Spahn'schen Gesetze“ schuld, sagte der Verbandsvorsitzende mit Verweis auf Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Um das Defizit auszugleichen, würden vor der Bundestagswahl „die Rücklagen der Kassen verfeuert“. Nach einem Minus im Gesundheitswesen von 16 Milliarden Euro im kommenden Jahr erwartet Litsch für 2022 mindestens 17 Milliarden Euro.



Das Angebot? **Überzeugend!** Die Bedienbarkeit? **Überzeugend!**
Der Service? **Überzeugend!** Und wir? **Überglücklich!**

www.wb-immo.de

WESTFALEN-BLATT
die Lokalzeitung!

– Anzeige –